



Friedensmuseum Nürnberg e.V.
Kaulbachstraße 2, 90408 Nürnberg, Tel.: 0911 / 3 60 95 77

Unsere Öffnungszeiten	
Montag	17-19 Uhr
Mittwoch	15-17 Uhr
jeden 1. Samstag im Monat	15-17 Uhr

Geschäftsführender Vorstand:

Elke Winter - Wolfgang Hauf

Unsere Homepage: www.friedensmuseum.odn.de

e-mail: friedensmuseum@fen-net.de

Nürnberg, den 19. August 2017

Offener Brief an Nürnberger BT-Kandidatinnen und Kandidaten

die anstehende Bundestagswahl ist für uns und unsere Mitglieder und Sympathisanten in friedenspolitischer Hinsicht von großer Bedeutung.

Wir möchten allen Nürnberger Kandidatinnen und Kandidaten daher gerne ein paar Fragen stellen und Sie bitten, diese uns per Mail oder schriftlich zu beantworten. Wir werden die Antworten in unserem Schaufenster sowie in unserem elektronischen Rundbrief („Die Kaulquappe“) veröffentlichen.

1. Völkerrechtlicher Vertrag zur Ächtung der Atomwaffen, als Schritt auf dem Weg zu ihrer vollständigen Abrüstung

Atomwaffen mit ihrer gigantischen Zerstörungskraft stellen die größte Gefährdung des Lebens auf der Erde dar. In den vergangenen Jahren hat eine internationale Koalition von Staaten in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft im Auftrag der UN-Vollversammlung einen Vertragstext ausgehandelt, der in Kürze in der UN zur offiziellen Unterzeichnung ausliegt. Damit erhalten Atomwaffen endlich formal denselben – illegalen – völkerrechtlichen Status wie z.B. B- und C-Waffen oder Landminen.

Deutschland hat ebenso wie die Atommächte diese Verhandlungen boykottiert. Der Vertrag wurde bisher von 122 Staaten unterstützt, das sind etwa 2/3 der UN-Mitglieder.

Wir fragen Sie:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland diesem Vertrag beitrifft?

Informationen zum Vertrag und der internationalen Kampagne finden Sie unter www.icanw.de bzw. www.pnnd.org (= Parliamentarians for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament).

2. Abzug statt „Modernisierung“ der in Deutschland stationierten Atomwaffen

Im Rahmen der sog. „Nuklearen Teilhabe“ der NATO sind im Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in der Eifel bis zu 20 US-Atombomben B61 gelagert. Diese sind dazu bestimmt, im „Ernstfall“ nach US-Freigabe von Bundeswehr-Piloten zu den vorgesehenen Zielen geflogen und dort zur Explosion gebracht zu werden. Diese Vorgehensweise wird von vielen Staaten als Verstoß gegen den Atomwaffen-Sperrvertrag gesehen, den Deutschland unterzeichnet hat: denn Atomwaffenstaaten dürfen ihre Atombomben oder die Verfügung darüber keinesfalls an Nicht-Atomwaffenstaaten weitergeben.

Mit Gültigkeit des Vertrags zur Ächtung der Atomwaffen würde diese Praxis eindeutig völkerrechtswidrig.

Wir fragen Sie:

Werden Sie dafür eintreten, dass diese Atomwaffen nicht „modernisiert“, sondern aus Deutschland abgezogen werden?

Informationen zu den in Deutschland gelagerten Atomwaffen und den dazu laufenden Aktionen finden Sie auf: <https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com>

3. Stopp des Rüstungsexports durch ein Verbot im Grundgesetz - Ende der deutschen Beteiligung am Geschäft mit dem Tod!

Tatsächlich fordern gegenwärtig „Kleinwaffen“, also von Menschen getragene Waffen wie z.B. Gewehre und Handfeuerwaffen, die meisten Opfer. Greenpeace spricht hier von 1 Opfer pro Minute! Fast in allen gegenwärtigen Kriegen sind auch deutsche Waffen dabei, egal ob die Exporte formal korrekt oder illegal waren. Angesichts der zahllosen tödlichen Folgen finden wir das häufig gehörte Arbeitsplatzargument ethisch untragbar!

Wir fragen Sie:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Export von „Kleinwaffen“ völlig verboten wird, einschließlich Munition und Produktionslizenzen?

Unterstützen Sie die Kampagne für ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz?

Hintergrund-Informationen hierzu finden sie z.B. auf der Website der Kampagne: www.aufschrei-waffenhandel.de, oder zum Beispiel auch bei terre des hommes (www.tdh.de).

Wir freuen uns schon auf Ihre Antwort!

Mit friedlichen Grüßen

Für den Vorstand des Friedensmuseums Nürnberg,

Wolfgang Nick
Schatzmeister